



Lieber Leserin, lieber Leser,

in ein paar Tagen ist Weihnachten. Nach dem Warten im Advent feiern Christen in der ganzen Welt das Weihnachtsfest. Es ist etwas Besonderes. Im ersten Weltkrieg gab es an Heiligabend 1914 an der belgisch-französischen Grenze ein echtes Weihnachtswunder: Soldaten, die eben noch aufeinander geschossen hatten, sangen gemeinsam, tauschten kleine Geschenke, manchmal sogar ihre Adressen und verabredeten sich für die Zeit nach dem Krieg. Sie haben sozusagen unüberwindbare Gräben hinter sich gelassen. Ich hoffe, dass sich viele in der ganzen Welt anstecken lassen vom Weihnachtsfrieden. Ob in Syrien, in der Ostukraine, in Afghanistan im Irak oder sonstwo. Krieg ist das Schlimmste, hat mir mein Opa als kleiner Junge immer gesagt.

Wir stehen an vielen Krippen und bewundern das kleine Jesuskind, das doch die Welt so verändert hat. Ich glaube an Weihnachten und an die Frohe Botschaft des Herrn. Wie alle Jahre bisher, werde ich auch dieses Jahr Weihnachten zu Hause im Kreise der Familie verbringen. Aber immer mehr denke ich auch an all die Menschen, die arbeiten müssen, im Krankenhaus liegen oder alleine zu Hause sind. Die niemanden mehr haben. Deshalb ist es gut, dass sich andere Menschen um sie kümmern. Das ist ein echtes Weihnachtsgeschenk.

Mit dem Bild von unserer Krippe zuhause wünsche ich Ihnen und Euch allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest!

Ihr/Euer

Bernd Rützel



AUS DEM INHALT



S. 2: Berlin

Die wichtigsten Beschlüsse des Parteitag



S. 3: Berlin

Neu im Landesgruppen-Vorstand



S. 6: Gemünden

Film & Diskussion am 08.01.2020

Wahlkreisbüro Gemünden: Obortorstr. 13, 97737 Gemünden | Tel. 09351 6036563, Fax 09351 6058298 | bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin | Tel. 030 227 73434, Fax 030 227 76433 | bernd.ruetzel@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB | Obortorstr. 13, 97737 Gemünden | www.bernd-ruetzel.de



Foto: Henning Schacht

KLARTEXT

DAS SOZIALSTAATSKONZEPT DER SPD

Einstimmig hat der SPD-Parteitag am 07.12. das Sozialstaatspapier verabschiedet. Es ist wirklich etwas Großes. Seit vielen Jahren war es erstmals möglich, auf 21 Seiten niederzuschreiben, was die SPD unter einem starken und sozialen Staat versteht.

Andrea Nahles hatte die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales beauftragt aufzuschreiben, wie wir uns das vorstellen. Ich bin froh und stolz, dass ich ein Zehntel dieser Gruppe bin. Im Herbst 2018 haben wir dieses Papier erst der Bundestagsfraktion und dann dem Parteivorstand vorgestellt. Es war somit ein Fundament vorhanden, das dann noch von Manuela Schwesig und Kevin Kühnert finalisiert wurde.

Wir verstehen den Sozialstaat als Partner, der für sozialen Ausgleich sorgt und gleichzeitig das ökonomische Wachstum stärkt. Ein Sozialstaat muss gesellschaftliche und soziale Teilhabe sichern und die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität stärken. Menschen müssen ein selbstbestimmtes Leben führen können, wenn sie aber Hilfe und Unterstützung brauchen, dann muss der Staat aber ebenso die Unternehmen und die Gesellschaft selbst unter die Arme greifen. Wir gehen in unserem Konzept vor allem auf die Bereiche Arbeit, Absicherung von Kindern, Inklusion, Pflege, Wohnen und Alterssicherung ein. Wir bleiben dabei nicht im Allgemeinen stehen, sondern nennen ganz gezielt Ansatzpunkte.

Es lohnt sich, diese 21 Seiten zu lesen und ganz breit in unserem täglichen Tun zu beherzigen. Ein einstimmiger Beschluss des Parteitages befähigt und beauftragt uns dazu. Ich bin richtig stolz – an die Arbeit.

[Passend hierzu der Kommentar von Heribert Prantl in der SZ.](#)

WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE



An dieser Stelle möchte ich kurz das wichtigste auflisten, was der SPD-Bundesparteitag in Berlin beschlossen hat. Die ersten Schritte **#indieneueZeit** sind wir dort gegangen. Für die Inhalte, auf denen wir jetzt aufbauen müssen, wird insbesondere auch mein Arbeitsbereich Arbeit & Soziales verantwortlich sein. Mehr zum Leitantrag mit dem Sozialstaatskonzept der SPD links im KLARTEXT!

- Wir kehren Hartz IV den Rücken und haben das Konzept des **Bürgergelds** beschlossen, mit dem das Existenzminimum jederzeit gesichert sein wird.
- Wir haben ein **Recht auf Arbeit, Qualifizierung und Weiterbildung** beschlossen.
- Wir haben die **Kindergrundsicherung** beschlossen.
- Wir haben die Ausdehnung des **365-Euro-ÖPNV-Tickets** beschlossen und fordern ein „Allround-Ticket“ für ÖPNV und Sharing-Modelle in ganz Deutschland.
- Wir wollen den **CO2-Preis** erhöhen und soziale Rückverteilung ermöglichen, von der insbesondere finanziell schwächere Haushalte profitieren.
- Wir wollen die **Vermögensteuer** reaktivieren.
- **Investition in die Zukunft** stehen im Mittelpunkt und klar ist, dass die nicht an der Schwarzen Null oder den Schuldenbremsen scheitern dürfen.
- Wir haben einen restriktiveren Umgang mit **Waffenexporten** beschlossen.

IN DIE
NEUE ZEIT.
 **SPD**

Eine vollständige Liste würde meinen Newsletter sprengen. Mit Klick auf das Parteitags-Logo gibt es alle Beschlüsse im Original und in voller Länge.





Foto: Henning Schacht

NEUER LANDESGRUPPEN-VORSTAND



Alle 18 bayerischen SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestages sind in der „Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion“ organisiert. Diese hat im Dezember ihren Vorstand neu gewählt. Meine Kollegin Marianne Schieder aus der Oberpfalz ist die neue Vorsitzende der Landesgruppe. Besonders freut es mich, dass ich zum neuen Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde und somit neben Dr. Karl-Heinz Brunner aus Schwaben und Dr. Bärbel Kofler (li. neben mir) aus Oberbayern, die beide im Amt bestätigt wurden, den Landesgruppenvorstand komplettiere.

TREFFEN MIT FÜHRUNGSKRÄFTEN DER BAYERISCHEN ARBEITSAGENTUREN



Der persönliche Kontakt ist immer und gerade in der Politik wichtig, damit sie nah am Menschen bleibt. Mitte Dezember traf ich zu einem intensiven Austausch Führungskräfte der bayerischen Arbeitsagenturen und Job-center in Berlin.

ZERO VISION FUND: WELTWEITER ARBEITSSCHUTZ



Anfang Dezember nahm ich an einer Podiumsdiskussion des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu „Arbeitsschutz weltweit“ teil. An diesem internationalen Fund beteiligen sich mehrere Staaten und Unternehmen. Jeder Einzelne von uns sollte sich bewusst sein, dass unser Wohlstand auch auf

Ausbeutung, fehlendem Arbeits- und Brandschutz und niedrigeren Sozialstandards in anderen Ländern beruht. Deshalb geht uns das etwas an, wir tragen Verantwortung. Daher setzte ich mich auch sehr für ein Lieferkettengesetz ein. Hubertus Heil legt dazu bald einen Gesetzentwurf vor.

BERATUNG FÜR STARKE BETRIEBSRÄTE

Anfang Dezember durfte ich einen Vortrag beim Fachforum für Betriebsratsberater*innen halten. Sie beraten Betriebsräte in Umbruchphasen. Wir haben uns intensiv darüber ausgetauscht, wie wir unsere Mitbestimmung erhalten und weiterentwickeln können. Das ist mir ein sehr großes Anliegen, denn wir brauchen in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt mehr und nicht weniger Mitbestimmung.



Foto: Henning Schacht

UNTERFRÄNKISCHER WEIHNACHTSBAUM IN BERLIN



Der Weihnachtsbaum im Paul-Löbe-Haus wurde dieses Jahr von der Lebenshilfe Rhön-Grabfeld geschmückt. Ich traf bei der Einweihung die fleißigen Bastler*innen, die den Baumschmuck hergestellt haben. Und Stollen gab es aus dem Erzgebirge, dort kommt mein Opa her.

Viele Schüler*innen, die erst lange nach dem Mauerfall geboren wurden, können sich die Emotionen in diesen Tagen und Wochen rund um die Maueröffnung gar nicht vorstellen. Deswegen ist es mir ein Anliegen, die Ausstellung „Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit - 30 Jahre Friedliche Revolution“ in möglichst vielen Schulen zeigen zu können. Anfang Dezember war ich an der Realschule Marktheidenfeld und diskutierte intensiv am Rande der Eröffnung mit den Jugendlichen, was mich einmal mehr sehr gefreut hat.

WEIHNACHTSPOSTAMT MIT BENTELE

Pünktlich zum 1. Advent hat das Weihnachtspostamt in Himmelstadt die Pforten geöffnet. Verena Bentele, Präsidentin des VdK, ehemals Behindertenbeauftragte des Deutschen Bundestages und Biathlon-Spitzensportlerin, setzte den Sonderstempel auf die ersten Antwortschreiben. Leider habe ich kein Foto vor Ort machen können, aber die Mainpost war da und hat sehr schön berichtet.

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG IN MARKTHEIDENFELD



Jede Menge Trabis, die plötzlich an uns vorbeifuhren: Das ist meine Erinnerung an die Tage nach dem Mauerfall am 9. November 1989. Ich war damals bei einer Jugendfreizeit und erfuhr dort von der Grenzöffnung.

MEINE REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Wir brauchen mehr Tarifbindung. Aktuelles Beispiel: Tarifverträge sichern Weihnachtsgeld! Wer meine Rede vom 15.12. im Plenum des Deutschen Bundestages sehen und hören möchte: Ein Klick auf's Foto genügt.



VIELE MENSCHEN NEHMEN DIE GRUNDSICHERUNG IM ALTER NICHT IN ANSPRUCH

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat herausgefunden: 60 Prozent, beziehungsweise etwa 625.000 Privathaushalte, denen die Grundsicherung im Alter zustehen würde, nehmen diese nicht in Anspruch! Wenn mehr als jeder zweite Anspruchsberechtigte auf Leistungen der Grundsicherung im Alter diese nicht wahrnimmt, hat das vielfältige Gründe: Unwissenheit, geringe Ansprüche, Stigmatisierung und Komplexität. Das betrifft vor allem Haushalte mit niedrigen Ansprüchen, ältere Menschen und Menschen mit Wohneigentum. Ohne diesen Verzicht auf Leistungen könnte das jeweilige Einkommen um rund 30 Prozent höher sein!

Das bestätigt unseren Ansatz, eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung – wie wir sie aus der Sozialhilfe beziehungsweise der Grundsicherung kennen – einzuführen. Denn durch die Hürde einer Prüfung werden viele Menschen davon abgehalten, ihren Anspruch auf Leistungen auch wahrzunehmen.

BILANZ DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



Was haben wir von 2017 bis 2019 in der Koalition mit der Union erreicht? Eine ganze Menge! Und viele Verbesserungen

für die Menschen gäbe es nicht, wenn wir nicht in der Regierung wären. Den ausführlichen Rechenschaftsbericht der SPD-Bundestagsfraktion gibt es mit Klick auf das Titelbild.

ERSTMALS BESCHLOSSEN: DIE JUGENDSTRATEGIE DER BUNDESREGIERUNG

In Deutschland leben 14 Millionen junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren. Das sind 17 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ob bedarfsgerechter Nahverkehr, schnelles Internet, bezahlbare Mieten oder wirksamer Klimaschutz: Maßnahmen in allen Politikfeldern können Auswirkungen auf die junge Generation haben. Daher hat die Bundesregierung unter Federführung des Bundesjugendministeriums von Franziska Giffey gemeinsam mit allen Ressorts erstmals eine Jugendstrategie entwickelt. Neun jugendrelevante Handlungsfelder wurden definiert und wie man sich denken kann, berühren einige davon mein Politikfeld Arbeit & Soziales, was ich wiederum sehr spannend und reizvoll finde. Denn für wen als für unsere Kinder macht man am liebsten Politik?



**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

Wer an der Dokumentation der Jugendstrategie interessiert ist, sollte auf das Logo des federführenden Ministeriums klicken.

BETRIBSRENTEN WERDEN AUFGEWERTET

Wer eine Betriebsrente bekommt und Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zahlt, hat künftig im Schnitt 300 Euro mehr im Jahr.

Wie funktioniert das? Ab Januar 2020 gilt: Für die ersten 159,25 Euro der Betriebsrente müssen dann überhaupt keine Kassenbeiträge mehr gezahlt werden. Erst darüber fallen Beiträge an. Dadurch zahlen alle Betriebsrentner*innen künftig geringere Beiträge. Menschen mit kleinen Betriebsrenten profitieren besonders!



Foto: Henning Schacht

SPD-BUNDESPARTEITAG IN BERLIN



Auf dem Bundesparteitag in Berlin habe ich am Stand des DGB nicht nur über arbeitsmarktpolitische Themen diskutiert, sondern auch Tischkicker mit meinem bundestagskollegen Matthias Bartke, dem Vorsitzenden meines Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag, gespielt.

Mehr zum Bundesparteitag unter www.spd.de

EINLADUNG ZU FILM & DISKUSSION



Gemeinsam mit der SPD Gemünden lade ich am Mittwoch, den 8. Januar 2020, zu einem spannenden Filmabend ein: Wir zeigen den prämierten Kinofilm „Wackersdorf“. Und wir diskutieren mit einem, der hautnah dabei war: Jürgen Keller, SPD-Bürgermeisterkandidat in Zelllingen, war damals junger Polizist. Was er vor Ort erlebt hat, hatte Konsequenzen für sein ganzes Leben: Er quittierte den Dienst, weil er das Vorgehen des Staates gegen seine Bürger*innen nicht mittragen konnte. Los geht es um 18.30 Uhr mit einem Sektempfang, der Film startet um 19 Uhr. Wir freuen uns auf Ihren Besuch, Eintritt und Sektempfang sind kostenlos!



Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!



Martina Fehlner

Abgeordnete für Aschaffenburg-West
Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen und Leser,

„Alexa, spiel die schönsten Weihnachtshits!“, „Siri, ver-
rat‘ mir, wo der Nikolaus wohnt!“ Derlei Befehle erhal-
ten die smarten Sprachassistenten in diesen Tagen wohl
öfter. Und während es sich die Familie nach dem weihnachtlichen Festessen auf dem Sofa gemütlich macht, läuft nebenher eine Netflix-Serie, schaut die Nichte nach ihren Lieblings-YouTubern und googelt der Opa, wie das Wetter wird. Das Internet hat unser Leben und die Art, wie wir uns informieren, wie wir uns unterhalten lassen, grundlegend verändert. Aus dem klassischen Trio Zeitung, Radio und Fernsehen ist eine kunterbunte Medienlandschaft geworden. Und mit einem simplen Smartphone und einer guten Idee kann heutzutage jeder selbst ein Medienmacher sein.

Blicken wir zurück: Im Jahr 1991 schlossen die deutschen Bundesländer den so genannten Rundfunkstaatsvertrag ab. Dieser regelt bundesweit das Rundfunkrecht für öffentlich-rechtliche und private Sender: etwa, wenn es um Sendezeiten, Sponsoring oder die Sicherung der Meinungsvielfalt geht. Seither ist der Vertrag mehr als zwanzig Mal aktualisiert und ergänzt worden – im Bayerischen Landtag habe ich erst vor Kurzem zu den jüngsten Änderungen für meine Fraktion Stellung bezogen. Nun soll der Rundfunkstaatsvertrag durch einen „Medienstaatsvertrag“ ersetzt werden. Was zunächst wenig spektakulär klingen mag, ist tatsächlich eine ganz wichtige Neuerung. Und davon sind wir alle betroffen. Mit dem neuen Medienstaatsvertrag werden die Spielregeln, die bislang für den Rundfunk galten, auf die gesamte digitale Medienlandschaft ausgeweitet.



Ein Beispiel: Google, Netflix, Alexa, YouTube oder Instagram werden zu „Intermediären“ – und als solche in die Pflicht genommen. Sie sollen künftig Auskunft geben müssen, warum Inhalte auf eine bestimmte Weise platziert sind. Auch sollen sie dazu beitragen, die Meinungsvielfalt zu sichern und sie sollen dafür sorgen, dass gut recherchierte Nachrichten nicht im Werbedschungel untergehen, sondern nach wie vor gut auffindbar sind.

Das World Wide Web bietet grenzenlose Möglichkeiten. Dennoch darf es kein rechtsfreier Raum sein. Es ist die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass auch für Google & Co. die Regeln unseres demokratischen Staatswesens gelten. Gerade in Zeiten von Fake-News und Netz-Hetze ist es wichtiger denn je, den Qualitätsjournalismus nachdrücklich zu stärken und viele verschiedene Meinungen in den Medien abzubilden. Für Hass, Hetze, Verleumdung und üble Nachrede darf in den Medien kein Platz sein – egal, ob on- oder offline. Der Medienstaatsvertrag ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Nachdem ihn die Länder unterzeichnet haben, geht er jetzt zur Beratung in die Landtage.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen schöne, besinnliche Weihnachtstage und einen guten Start ins Jahr 2020!

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de



Volkmar Halbleib

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

Ein Weihnachtsgeschenk, das keines ist und fehlender Mut zur Investition

Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor den Weihnachtsfeiertagen verteilen die Regierungsparteien im Freistaat vermeintlich Geschenke in Form der kommunalen Schlüsselzuweisungen. Diese sind nicht an bestimmte Ausgabenzwecke gebunden und deshalb für Kommunen so wertvoll.

Daher ist es erfreulich, dass die meisten Gemeinden sich über ein Plus freuen dürfen. Ein Weihnachtsgeschenk sind diese Zuweisungen allerdings mitnichten. Das Geld steht den Kommunen schlichtweg zu. Tatsächlich erhalten sie nur einen Bruchteil dessen zurück, was vor Ort erwirtschaftet und über Steuern abgeführt wird. Insofern haben sie großen Anteil daran, dass die Schlüsselzuweisungen erneut leicht steigen.

Wie wenig zukunftsgerichtet die Staatsregierung ist, zeigt sich im Nachtragshaushalt. Vor allem in den Bereichen ÖPNV und Schienenverkehr, Bildung und Familien fehlt der Mut zur Investition in die Zukunft. Das Zahlenwerk ist ein einziger Beweis dafür, dass die Regierungsfractionen nicht verstanden haben, wo die Menschen vor Ort der Schuh drückt und wo für eine nachhaltige Entwicklung – und damit der Sicherung der Wirtschaftsstandortes Bayern - dringend nachgebessert werden muss.

Obwohl die Staatsregierung vom zuvor stets verkündeten Kurs der Schuldentilgung abweicht und Millionen Gelder verteilt - mit modern klingenden Schlagwörtern

wie Hightech-Agenda und smart Bavaria – warten nach wie vor unzählige Eltern auf einen Kitaplatz, fährt in manchen Gemeinden viel zu selten ein Bus, sind Schulen und Universitäten sanierungsbedürftig und werden Bahnstrecken stillgelegt statt ertüchtigt. Bestes Indiz dafür, dass bei CSU und Freien Wähler die Wichtigkeit des Klimaschutzes immer noch nicht angekommen scheint.



Übergabe unseres gemeinsamen Schreibens an den bayerischen Bau- und Verkehrsminister Hans Reichhart.

Noch viel zu tun gibt es bei den Bahnhöfen. Für mich Grund genug, mich – gemeinsam mit den Landtagskolleg*innen vor Ort - für den barrierefreien, zügigen Ausbau des Ochsenfurter Bahnhofs aber auch andere in der Region einzusetzen. Erst, wenn Menschen mit Kinderwagen, Fahrrädern, Rollatoren oder Handicap problemlos gute Zuganbindungen nutzen können, kann der Umstieg gelingen – dem Klima und damit uns allen zuliebe.

In diesem Sinne wünsche ich frohe Weihnachten und einen guten Start ins Jahr 2020

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib, MdL

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de